

Redaktioneller Teil

Buchhändlerverein der Provinz Brandenburg.

Einladung.

Wir wollen auch in diesem Frühjahr wieder eine außerordentliche Versammlung abhalten. Als Ort haben wir wie immer Berlin und als Tag den 28. Februar 1932 festgesetzt. Die Tagungsordnung wird im wesentlichen aus einem Bericht über die wirtschaftspolitische Lage, Durchführung der Gehilfenprüfung, Weihnachtsgeschäft 1931, Tag des Buches 1932 u. a. bestehen. Genauere Mitteilungen — auch über den Treffpunkt — erhalten unsere Mitglieder in einem besonderen Rundschreiben, das in den nächsten Tagen versandt wird. Wir laden schon heute zu dieser Zusammenkunft ein, und wir rechnen mit einem starken Besuch. Erleichtert wird die Teilnahme dadurch, daß die Versammlung in Berlin stattfindet, und daß den Teilnehmern das Fahrgehalt dritter Klasse vergütet wird.

Der Vorstand. J. A.: Kurt Kresschmar.

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Das Reparationsproblem — Innere Schuldenmobilisierung — Buchgewerbliches und Buchhändlerisches.]

Die Auseinandersetzungen über die Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl und der Konflikt im Fernen Osten drängen augenblicklich das Interesse an den an sich wichtigeren Fragen der inneren und äußeren Politik stark zurück. Es entsteht dadurch der Eindruck, als sei sowohl in der Reparationsfrage wie in der Anbahnung der unerläßlichen Maßnahmen gegen die innerwirtschaftliche Not eine Unterbrechung und eine gewisse Flaute eingetreten. Hinsichtlich der Beseitigung der Tribute und der Kriegsschulden trifft das insofern zu, als zunächst hier ja die Abrüstungskonferenz den Vorrang in Anspruch genommen hat. Lausanne ist bis Mai oder sogar Juni vertagt worden. Man hofft dann, wie zuletzt noch in London offiziell erklärt worden ist, schon klarer zu sehen und unter besseren Vorzeichen tagen zu können. Aus den englischen Regierungserklärungen im Unterhaus ist aber zugleich zu entnehmen gewesen, daß man auch dann noch mit weiterer Vertagung bis in den Herbst rechnet. Die Abrüstungskonferenz richtet sich ebenfalls auf langsame Arbeit ein. Offenbar sollen alle Entscheidungen bis nach der amerikanischen Präsidentenwahl im November verschoben werden. Deutschland muß sich also noch einmal auf Abwarten und Durchhalten einstellen. Immerhin haben wir den Trost, daß außenpolitisch die Zeit jetzt immer mehr für uns arbeitet.

Die Debatte in der Reparationsfrage geht hinter den Kulissen naturgemäß weiter. Es ist doppelt notwendig, darauf scharf achtzugeben, damit wir nicht überrascht werden. Frankreich muß zu seinem Entsetzen und hellen Arger feststellen, daß seine These von der Heiligkeit der Verträge kein Echo mehr findet. Gustav Cassel hat eben im Svenska Dagbladet wieder ausgesprochen:

Wenn die Gläubiger sich eines so groben Mißbrauchs ihrer Stellung schuldig machen, daß sie dem Schuldner nicht nur die Zahlung unmöglich machen, sondern ihm darüber hinaus uner-

meßlichen Schaden zufügen, so wird alles Gerede über die Heiligkeit eingegangener Verpflichtungen nichtig. Formelles Recht wird dann von materiellem Unrecht zerbrochen, und es bleibt nichts anderes übrig, als einen Strich durch die Paragraphen zu machen, die keine moralische Berechtigung haben.

Von England aus wird außerdem vor allem gegen den Anspruch Frankreichs Sturm gelaufen, daß seine Forderungen besonders bevorrechtigt seien. Am wenigsten läßt man den Hinweis auf die Wiederaufbauernfordernisse im ehemaligen Kampfgebiet mehr gelten. In einem offenen Briefe, der als Antwort an Lord Rothermere auf einen von diesem in der Daily Mail veröffentlichten Artikel gedacht ist, führt Sir Walter Layton, der Mitverfasser des Baseler Gutachtens, wie Wolff aus London meldet, u. a. aus: Die Tatsache, daß Deutschland für die ungeschützte Jahresleistung kein Recht auf Zahlungsaufschub habe, und der Umstand, daß etwa 80 Prozent dieser Zahlung Frankreich zugute kommen, bedeute keineswegs, daß diese Zahlung irgend etwas mit der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete Frankreichs zu tun habe. Keine einzige Stelle des Youngplanes, der Haager Vereinbarungen oder irgendein anderes Dokument berechtigten zu der Auffassung, daß die ungeschützte Annuität für eine bestimmte Art von Kriegsschulden vorgemerkt sei. Es sei auch keine Rede davon, daß irgendein Reparationsanspruch außer dem belgischen irgendeine Priorität vor einem anderen habe. Layton drückt die bestimmte Erwartung aus, daß bei der unvermeidlichen Revision des Youngplanes die anderen Reparationsgläubiger Deutschlands für alle etwaigen künftigen deutschen Zahlungen einen neuen Verteilungsschlüssel beanspruchen und Frankreich dies als recht und billig anerkennen werde. An diesem Standpunkt Laytons interessiert uns jedoch nicht nur die Ablehnung der französischen Ansprüche. Noch beachtlicher ist, daß Layton von einem neuen Verteilungsschlüssel spricht. Wenn darum zwischen London und Paris schon gestritten wird, so scheint man sich ja fast einig zu sein, an der Forderung, wenn auch ermäßigter Zahlungen Deutschlands, doch festzuhalten. Eine andere Version spricht von einer Schlusszahlung. Jedenfalls empfiehlt sich, diesen Dingen gegenüber ein gesundes Mißtrauen zu bewahren. Wahrscheinlich stehen aber auch diese Fragen im Zusammenhang mit dem wesentlich schwierigeren Hauptproblem, die Weltwirtschaft überhaupt wieder in Gang zu bringen. In Genf spricht man, nach einem Bericht der Kölnischen Volkszeitung, in dieser Hinsicht gerüchtweise davon, daß — auf Antrag einer Völkerebundmacht — vielleicht für den Fall, daß die Reparationsentscheidung noch um einige Monate verschoben werde, eine sogenannte »Geld-« oder »Stabilisierungskonferenz« vom Völkerebund einberufen werden solle, die entweder eine allgemeine Rückkehr zum Goldstandard oder eine Stabilisierung verschiedener zur Inflation übergegangener Währungen auf einer neuen Grundlage versuchen würde. Man hat bekanntlich dem Präsidenten Hoover schon vor Wochen den Plan der Einberufung einer ähnlichen Konferenz zugeschrieben. Der Plan zu dieser Völkerebundkonferenz soll von hohen Beamten der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerebundsekretariates entworfen worden sein. Auf französischer Seite ist man jedoch gegenüber diesem Vorschlag auffallend skeptisch, obwohl man auf den ersten Blick annehmen sollte, daß eine Konferenz, welche die allgemeine Rückkehr zum Goldstandard zum Ziel hätte, gerade in Frankreich begrüßt würde. Man will aus diesem französischen Mißtrauen schließen, daß vielleicht hinter diesem Konferenzplan an-